

Krone.at

Sucht bringt dem Staat weit mehr als sie kostet

Laut neuer Studie

22.10.2013, 13:17



Foto: APA/HELMUT FOHRINGER, dpa, krone.at-Grafik

27 Kommentare

Lust und Laster als Geschäft für den Staat? Die Einnahmen aus dem Verkauf von Alkohol und Zigaretten sowie die Abgaben aus dem Glücksspiel würden die Gesamtkosten der damit zusammenhängenden Suchtkrankheiten um knapp 1,5 Milliarden Euro pro Jahr übersteigen, behauptet zumindest eine aktuelle Untersuchung des Marktanalyse-Instituts Kreuzer Fischer & Partner (KFP), die am Dienstag präsentiert wurde. Bisherige Studien wiesen meist entgegengesetzte Ergebnisse aus.

Marktanalyst Andreas Kreuzer sowie Suchtforscherin Gabriele Fischer von der MedUni Wien verlangen angesichts des von ihnen errechneten positiven volkswirtschaftlichen Saldos die Bereitstellung von mehr Mitteln für Grundlagenforschung, Suchtprävention und Behandlung durch den Staat. Das bisherigen Studien zugrunde liegende Datenmaterial sei teilweise statistisch gar nicht belastbar.

Folgekosten kommen bei Weitem nicht an Einnahmen heran

Der neuen Untersuchung zufolge, die unter anderem auf einer Auswertung früherer Studien beruht, stehen 130 Millionen Euro an sozialen Folgekosten von Alkoholabhängigkeit Einnahmen von 385 Millionen Euro aus Alkohol- und Mehrwertsteuer gegenüber. Unter sozialen Folgekosten sind demnach Ausgaben für medizinische Behandlung, soziale Unterstützung, Strafverfolgung und Produktivitätsverlust zu verstehen.

An Steuern für Tabak nimmt der Staat fast 1,6 Milliarden Euro ein, an sozialen Folgekosten entstehen der KFP-Berechnung zufolge 234 Millionen Euro. Glücksspiel inklusive Sucht und Laster bescheren dem Staat jährliche Einnahmen von mehr als 2,2 Milliarden Euro. Dem



Krone.at

stehen volkswirtschaftliche Kosten von 777 Millionen Euro gegenüber, die sozialen Folgekosten von Drogensucht eingerechnet.

Mittel für Prävention, Therapie und Forschung sind vorhanden

Die Folgerung der Experten: Finanzielle Mittel für Forschung, effektive Prävention und Therapien sind vorhanden. Andreas Kreuzer beklagt neben dem Fehlen einer Krankenkostenrechnung eklatante Mängel bei der Datenlage: So seien die fünf Prozent der Österreicher im Alter von 15 bis 90 Jahren, die laut offiziellen Zahlen alkoholabhängig sind, aus einer Fallzahl von nur 50 Personen hochgerechnet worden. "Selbst die Einführung einer neuen Geschmacksrichtung bei Fruchtojoghurt ist besser abgesichert", sagt der Marktanalyst. Demzufolge hat Österreich offiziell - und völlig unplausibel - einen doppelt so hohen Anteil an Alkoholikern wie Deutschland. "Die öffentliche Hand wäre zuständig für Grundlagenforschung", erklärte Kreuzer.

Gabriele Fischer fordert einen "Nationalen Suchtplan" mit einer Neuausrichtung der Sucht- und Drogenpolitik. Sie will eine Abkehr von föderalistisch unterschiedlichen Systemen, einen Umstieg auf evidenzbasierte Strategien und eine Integration in den "Mental Health Bereich". Denn 40 bis 60 Prozent der Suchtabhängigkeit seien genetisch determiniert, Sucht sei eine chronisch psychiatrische Erkrankung und: "Die Betroffenen haben keine Lobby." Suchtkranke seien demnach keine liebenswerten Patienten, sondern schwierig im Umgang. "Selbst in der Psychiatrie sind sie das Schlusslicht."